

### Valutafragen.

Unter der Ueberschrift „Valutafragen“ hat Dr. Wilhelm Rosenberg vor kurzem in den „Juristischen Blättern“ eine inhaltsreiche Arbeit veröffentlicht, die jetzt auch im Sonderabdruck vorliegt. Eine knapp gehaltene Arbeit, die in dem kleinen Umfange, den sie sich gesteckt hat, nicht bloß für die gründliche Literaturkenntnis des Autors zeugt, sondern die Valutafrage, das Sinken der Kaufkraft des Geldes, die Folgen des Sinkens des Geldwertes und die Wertschwankungen des Geldes auch aus wirtschafts-, politisch und rechtspolitisch vielfach neuen Gesichtspunkten betrachtet und bespricht. Der Verfasser legt dar, daß die im Kriege zutage getretenen, so überaus namhaften Preiserhöhungen zum großen Teile auf die infolge übermäßiger Vermehrung des uneinlösblichen Geldumlaufes hervorgerufene Verminderung der Kaufkraft des Geldes zurückzuführen sind. Diese Vermehrung der Umlaufsmittel wirkt zunächst auf die Preise der Waren ein, wobei sich die Preissteigerung äußerlich für den bereits vorhandenen Warenstock als Konjunkturgewinn darstellt. Handelt es sich dagegen um erst herzustellenbe Güter, so müsse den Produzenten ein Preis bewilligt werden, der die erhöhten Produktionskosten bezahlt macht. Dabei seien aber der Gesetzesherrschaft hinsichtlich der Beschlagnahme insoweit Grenzen gezogen, als die Beschlagnahme sich selbstverständlich nur auf schon vorhandene Güter erstrecken kann. Der Autor erklärt, daß die Gesetzesherrschaft aber nicht bewirken kann, daß neue Güter erzeugt oder neue Häuser gebaut werden, „wenn die Unternehmer hierbei nicht ihr Auslangen finden würden“. Wir verweisen demgegenüber auf den Produktionszwang, der in der kriegswirtschaftlichen Gesetzgebung gegenüber der Landwirtschaft und der Erdölindustrie neu festgelegt und gegenüber dem Kohlenbergbau unter Verschärfung der älteren Bestimmungen über die Bauhafthaltung noch verstärkt worden ist.

So wenig übrigens der Verfasser die Gefährlichkeit der Steigerung des Geldumlaufes bestreitet, so steht er doch nicht an, einzuräumen, daß nahezu alle vom Weltkrieg ergriffenen Staaten zu einer außerordentlichen Papiergelbausgabe geschritten sind. Dr. Rosenberg weist bei Besprechung dieser in den verschiedenen Staaten vorgenommenen Emissionen auch darauf hin, daß in Oesterreich-Ungarn von der Notenbank „nicht der gewöhnliche, sondern ein viel mäßigerer Zinsfuß (1/2 Prozent) eingeräumt worden sei, der Staat also insofern billigeres Geld“ erlangt habe. Diese Einräumung des Zinsfußes von 1 Prozent, respektive 1/2 Prozent in Oesterreich und Ungarn, erklärt sich freilich schon aus der Notensteuer, also aus dem gleichzeitigen, kompensationsmäßigen Verzicht der beiden Staaten auf die Einhebung der Notensteuer von der durch die staatlichen Finanztransaktionen herbeigeführten Vermehrung des Notenumlaufes.

Mit Recht hebt der Verfasser hervor, es gebe niemanden im Staate, vom Reichsten bis zum Ärmsten, auf dessen Wirtschaftslage die Verminderung oder Steigerung der Kaufkraft des Geldes ohne Einfluß bleibt. Sie bringe vielmehr eine ernsthafte soziale Umwälzung oder Umschichtung mit sich, indem ohne das geringste Eigenschulden ganze Bevölkerungsklassen, namentlich aber der Rentnerstand und die arbeitenden, leitenden und ordnenden Klassen der Gesellschaft (mit Ausnahme der Unternehmer) in eine wirtschaftlich viel ungünstigere Lage gebracht werden.